

Leserbriefe

In Mülheim-Kärlich sollen Wohncontainer für Flüchtlinge aufgestellt werden.

„Keine Willkommenskultur“

Die Stadt Mülheim-Kärlich hat zu einer Bürgerversammlung im großen Saal des Brauhauses zum Thema „Bau von Containern für Geflüchtete in der Kettiger Straße“ eingeladen. Hier wollte die Stadt, vertreten durch Bürgermeister Gerd Harner, über den Stand des Verfahrens und die Gründe für die Standortwahl der Containeranlage informieren. Mich haben diese Gründe nicht überzeugt.

Entscheidung über den Standort durch den Stadtrat in einer nicht öffentlichen Sitzung: Die Stadt begründete dies damit, dass eine öffentliche Sitzung über eine solche Entscheidung wegen der Gemeindeordnung nicht zulässig gewesen sei. Soweit ich die Gemeindeordnung verstanden habe sind die Sitzungen der Stadt- und Gemeinderäte grundsätzlich öffentlich, sofern nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt oder die Beratung in nicht öffentlicher Sitzung aus Gründen des Gemeinwohls oder wegen schutzwürdiger Interessen Einzelner erforderlich ist. Über Anträge, einen Beratungsgegenstand entgegen der Tagesordnung in öffentlicher oder nicht öffentlicher Sitzung zu behandeln, wird in nicht öffentlicher Sitzung beraten und entschieden. Die Möglichkeit der Teilnahme aller Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, zumindest aber der betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner der Kettiger Straße an einer öffentlichen Sitzung wäre für mich ein richtiger Weg gewesen. Eine Nichtbeteiligung führt hingegen zu Politikverdrossenheit, Misstrauen, Ängsten und Unverständnis.

Auswahl des Standorts: Etwa 72 Menschen sollen bei uns in Mülheim-Kärlich aufgenommen werden. Diese Menschen, die auf ihrer Flucht vor Krieg und Terror sicherlich schon vieles Schreckliches und Unwürdiges erlebt haben und teilweise dem Tod nahe waren, am Rand unserer Stadt in Containerbarracken mit überwiegend Gemeinschaftstoiletten/waschräumen und wenig Platz für den Einzelnen unterzubringen, gleicht für mich der Errichtung eines Slums oder eines Ghettos und hat wenig mit einer Willkommenskultur zu tun. Der Vergleich eines Stadtrats der Grünen, er wäre als Soldat in Auslandseinsätzen auch auf vier Quadratmetern Wohnfläche zurecht gekommen, klang zynisch und war absolut unangebracht. Alle von der Stadt vorgetragenen Gründe, dass nur das Grundstück gegenüber dem Kärlicher Schützenplatz als Standort infrage kommt, überzeugten mich nicht. Das Verteilen einzelner Wohncontainer im ganzen Stadtgebiet (Chateau-Renault-Platz, Rathausplatz, Kolpingplatz) wäre m. E. möglich gewesen, vielleicht mit Infrastrukturmaßnahmen und damit verbunden höheren Kosten. Eine gelungene Flüchtlingspolitik erfordert das direkte Zusammenleben der Zuflucht Suchenden und der Menschen unserer Stadt. Ein Sicherheitskonzept, ein Heimleiter, Kontrollen, Bestreifungen oder Zäune wären vielleicht nicht nötig.

Vielleicht wäre eine ständige, intensive und persönliche Nachfrage nach ungenutztem Wohnraum in unserer Stadt auch ein Weg gewesen, denn es gibt ihn.

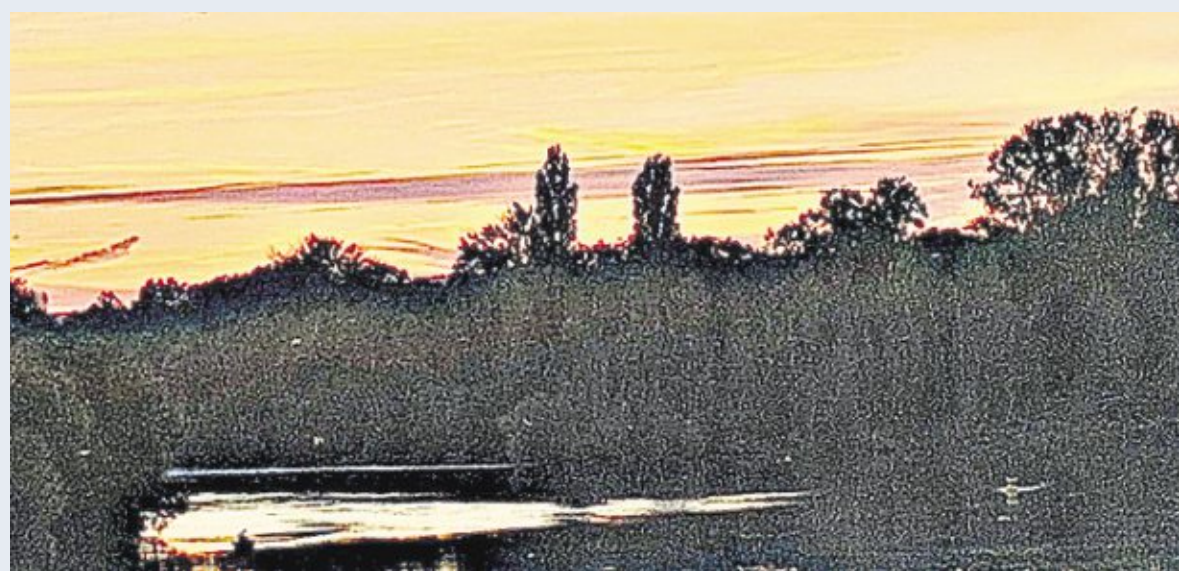
Mit klein gedruckten Anzeigen wird man Menschen aber nicht dazu bringen ihn an Flüchtlinge zu vermieten. Hierzu bedarf es mehr Mühe durch den Kreis, die Verbandsgemeinde und die Stadt.

Betreuung und Eingliederung in unsere Stadt: Meines Erachtens braucht es zum Gelingen der Integration einen geregelten, durchgetakteten Tagesablauf. Hierzu gehören für mich nicht nur Sprach- und Integrationskurse, sondern auch verpflichtende Arbeitsangebote für die Gemeinschaft. Es gibt in unserer Stadt und der Verbandsgemeinde genug Arbeit, für die besondere Sprachkenntnisse oder Fähigkeiten nicht erforderlich sind. Auch das kann zu einer erfolgreichen Eingliederung beitragen und den geflüchteten Menschen das Gefühl geben, gebraucht, akzeptiert, integriert und angenommen zu sein. Bürokratische oder gesetzliche Hürden dürfen hierbei keine Rolle spielen und gehören notfalls abgebaut. Hierzu habe ich in der Versammlung leider nichts gehört.

Mein Fazit: Mülheim-Kärlich hat mit deutlichem Abstand die wenigsten Flüchtlinge in der Verbandsgemeinde aufgenommen. Das Thema Flüchtlinge kann der Stadtrat nur gemeinsam und auf Augenhöhe mit Bewohnerinnen und Bewohnern angehen. Vernünftige Konzepte, Vorschläge und Lösungswege von allen sind öffentlich zu hören und zu prüfen. Der Beschluss sollte überdacht und ggf. geändert werden. Generell haben ausländerfeindliche Gesinnungen in unserer Stadt nichts zu suchen.

Martin Dröll, Mülheim-Kärlich

Leserfoto



Dem Himmel so nah

Den Abendhimmel über dem Graswerth hat Leserin Andrea Süßmeyer aus Vallendar fotografiert. Wenn auch Sie ein schönes Bild für unsere Leserfoto-Rubrik haben, das wir auch auf Rhein-Zeitung.de und in Sozialen Medien wie Facebook und Instagram nutzen

können, dann schicken Sie es mit ein paar Informationen zum Motiv per E-Mail an die Adresse redaktion-koblenz@rhein-zeitung.net. Beachten Sie dabei bitte unbedingt die für den Zeitungsdruck erforderliche Mindestauflösung von 300 dpi. red

In Koblenz wurde ein Pädophiler verurteilt.

„Schmerzensgeld für die Opfer?“

In Koblenz wurde ein Mann zu langjähriger Haft verurteilt, weil er Sohn und Stieftochter jahrelang missbraucht hat. Da stellt sich natürlich auch die Frage, ob die Opfer für ihre jahrelangen Leiden auch Schmerzensgeld erhalten können. Wenn ein katholischer Priester sich des Kindesmissbrauchs schuldig gemacht hat, dann kann das Opfer in der Regel mit einem beachtlichen Schmerzensgeld rechnen, das von der katholischen Kirche gezahlt wird. Hier liegen die Dinge aber anders. Hier kann keine Institution

in Anspruch genommen werden. Ein Schmerzensgeldanspruch richtet sich hier gegen ein Familienmitglied, bei dem vermutlich finanziell nichts zu holen ist, zumal der Täter sich jahrelang in Haft befindet und kein Einkommen hat.

Gehen die Opfer dann leer aus? Wenn ich mich recht erinnere, wollte Ex-Familienministerin Anne Spiegel dieses vielschichtige Problem einmal aufgreifen. Dazu kam es aber nicht mehr, weil sie ihr Ministeramt aufgeben musste. Man darf gespannt sein, wer sich jetzt

einmal dieses Themas annimmt. Die Gleichbehandlung von Missbrauchsoffern sollte eine Selbstverständlichkeit sein.

Norbert Weber, Lehmen

Ihr Kontakt zu uns

Rhein-Zeitung
Mittelrheinstraße 2-4,
56072 Koblenz
Fax: 0261/892-397
redaktion-koblenz@rhein-zeitung.net

Die Lokalredaktion bei Facebook:
www.facebook.com/RheinZeitungKoblenz

a · m · s
M Ö B E L

VERKAUF SOFFENER SONNTAG

17. SEPTEMBER 11-18 UHR
Verkauf ab 13 Uhr

Wir erwarten Sie mit duftendem Kaffee, frisch gebackenem Kuchen und viel Zeit für Ihre Fragen und Wünsche.

Hunsrückstraße 1 | 56410 Montabaur | Fon 0 26 02/99 93 90 | info@a-m-smoebel.de | www.a-m-smoebel.de
Öffnungszeiten: Di.-Fr. 9.30-18.00 Uhr | Sa 9.30-15.00 Uhr **Montags geschlossen** Individuelle Terminvereinbarung nach Absprache.

ANDERS GEWOHNT!